

gangene Woche mahnte der Minister („Es ist sehr schwierig“) seine Leute, die Möglichkeiten des Beamtenrechts und der Tarifverträge nochmals genau zu prüfen.

Zu allem Überflus laufen Länderchefs und Parlamentarier aller Parteien schon jetzt Sturm gegen Strucks Pläne, noch mindestens 100 der gegenwärtig etwa 500 Bundeswehrstandorte zu schließen: Der Minister hatte angekündigt, er werde knallhart nach dem „militärischen und betriebswirtschaftlichen“ Nutzen vorgehen: „Ich bin nicht für Wirtschaftsförderung zuständig.“

Ob Struck den Reformkurs halten kann, ist höchst ungewiss. Ihm ist selbst schon ein bisschen bange: „Ich weiß, ich bin auf einem Schleudersitz.“

Das Schicksal seiner Vorgänger zeigt, wie leicht Patzer oder Eigenmächtigkeiten im Apparat gravierende Folgen für den Ressortchef haben können – Rücktritt inklusive. SPD-Mann Georg Leber gab 1978 nach einem rechtswidrigen Lauschangriff des Militärischen Abschirmdienstes das Amt ab. Christdemokrat Gerhard Stoltenberg musste gehen, weil die Rüstungsabteilung entgegen einer Vorgabe des Haushaltsausschusses „Leopard“-Panzer an die Türkei ausgeliefert hatte.

Der amtierende Minister hat mittlerweile eigene Erfahrungen mit Pleiten, Pech und Pannen. Nur nahm ihm das bisher kaum jemand übel.

So musste er sich im November 2002 beim Kanzler für eine peinliche Verwechslung im Planungstab entschuldigen. Gerhard Schröder hatte Israel vor der amerikanischen Irak-Invasion „Fuchs“-Spürpanzer für die Suche nach biologischen oder chemischen Kampfstoffen versprochen. Tatsächlich aber hatte das israelische Militär Panzer gleichen Namens für den Truppentransport erbeten – die Berlin indes nicht liefern wollte.

Anfang des Jahres hielt die Luftwaffe bei großen politischen Tagungen wie der Afghanistan-Konferenz in Berlin Kampffjets in Alarmbereitschaft, um notfalls entführte Flugzeuge abzuschießen. Nur der Minister, der den Schießbefehl hätte geben müssen, ahnte nichts davon. Weder der Luftwaffenchef noch der eingeweihte Staatssekretär unterrichteten den Oberbefehlshaber.

Bisher hat Struck solche Misshelligkeiten problemlos abgewehrt. Aber aus der unübersichtlichen Mischung von riskanten Auslandsmissionen, Geldmangel und strittigen Standortschließungen könnten für den angeschlagenen Sozialdemokraten jetzt jederzeit neue Krisen erwachsen.

Strucks Leute fürchten, dass ihr Chef nicht nur wegen seiner Krankheit, sondern auch wegen der Vertuschung geschwächt in die Auseinandersetzungen geht. Ein enger Mitarbeiter hat ihn bereits gewarnt: „Unser Glaubwürdigkeits-Etat ist für dieses Jahr wohl ausgeschöpft.“

RALF BESTE,
ALEXANDER SZANDAR

RECHTSRADIKALE

Endkampf in Sachsen

Getragen vom Hartz-Protest könnte die NPD erstmals seit 1968 in einen Landtag einziehen. Zur Wahl steht die erste Garde der Bundespartei – mit Kontakten zur Neonazi-Szene.

Die Frage ist knapp, die Antwort schlüssig. „Schnauze voll? – Wahltag ist Zahltag!“ Der simple Slogan, der Urlauber derzeit an Laternenpfählen in der Sächsischen Schweiz empfängt, soll der NPD den lang ersehnten Endsieg im „Kampf um die Parlamente“ bringen.

Noch im vergangenen Jahr vom Verbot bedroht, könnten die Rechtsextremisten

tungen der Neonazis. Konsequenz auch der weitgefaste Vaterlandsgedanke des Nationalisten: „Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt. Nichts und niemand wird uns abbringen im Kampf ums Reich.“

Mit solchen Sprüchen ist Apfel im sächsischen Landesverband gut aufgehoben. Denn den führt mit Winfried Petzold ein konvertierter Republikaner, der auf Platz zwei der Liste steht. Die Freien Kameradschaften bezeichnete er vor dem Hintergrund eines „zweifelloso bevorstehenden Endkampfes“ schon mal als „Vorfeldorganisation“ der Partei. Für viele Jugendliche sei es, so Petzold, „Teil der eigenen Identität, Landser oder Sturmtrupp zu hören, einen deutschen Kurzhaarschnitt zu tragen und sich im NPD-Umfeld zu engagieren“.

Der Mann auf Platz acht der Liste, Uwe Leichsenring, steht der bundesweit berüchtigtsten Schlägertruppe nahe, der inzwischen verbotenen Organisation Skinheads Sächsische Schweiz (SSS). Es gibt Schrei-



NPD-Funktionär Apfel: „Jawohl, wir sind verfassungsfeindlich“

bei der Landtagswahl am 19. September zum ersten Mal seit 1968 in einen Landtag einziehen, Umfragen sehen sie bei fünf Prozent. Weitere neun Prozent wollen laut Infratest dimap „vielleicht“ rechts wählen.

Die Perspektive entsetzt Verfassungsschützer bundesweit. Denn nach der Wahl könnte so die Speerspitze der braunen Bewegung in den Genuss parlamentarischer Immunität kommen: Gleich drei Nationale auf der Landesliste tauchten im NPD-Verbotsantrag der Bundesregierung auf – Männer mit gefährlichen Kontakten in das gewaltbereite Neonazi-Milieu.

Einer davon ist Holger Apfel, der als sächsischer Spitzenkandidat maßgeblich für das braune Wunder an der Elbe sorgen soll. Der Chef des NPD-eigenen „Deutsche Stimme“-Verlags ist Bundesvize, und manchmal lässt er die Maske fallen: „Jawohl, wir sind verfassungsfeindlich“, tonte er unter Kameraden. Der Staatsschutz sichtet den Aktivisten auch regelmäßig als Redner auf Rudolf-Heß-Gedenkveranstal-

ben, in denen sich Leichsenrings NPD-Kreisverband bei der Truppe für „die hervorragende Absicherung unserer Veranstaltungen“ bedankt. Im Skinhead-Fanzine „White Supremacy“ dachte Leichsenring mal darüber nach, was er nach einem NPD-Verbot machen könnte: „Vielleicht würde ich zum Friseur gehen und bei meinen Freunden von SSS um Aufnahme bitten.“

Um auch letzte Zweifler zu überzeugen, hat die NPD im Heimatland von Karl May tief in die Trickkiste gegriffen. Weil dem einfachen Sachsen bei einem Ausländeranteil im Freistaat von 2,7 Prozent das angebliche Problem nicht immer sofort einleuchtet, wird es im Wahlprogramm aufgeblasen: „Volksfeindliche Multikultifanatiker“, heißt es da, planten, von Abwanderung betroffene Landstriche in Sachsen mit Ausländern aufzufüllen. „Wir wissen: Die indianischen Völker konnten die Zuwanderer nicht stoppen. Jetzt leben sie in Reservaten.“

STEFFEN WINTER